

# Korrespondent

## für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Bezugspreis: 30 Goldpfennige für Dezember ohne die Post  
gebühr für Zustellung. Es ist nur Postbezug zulässig

Erscheinungstage: Mittwoch und Sonnabend  
Das einzelne Exemplar kostet 5 Goldpfennige, Porto extra

61. Jahrgang

Leipzig, den 8. Dezember 1923

Nummer 107

### Allgemeinverbindlicherklärung

verschiedener Lohnvereinbarungen im Buchdruckgewerbe

Abdruck!

Der Präsident  
der Reichsarbeitsverwaltung  
(Tarifabteilung)  
Nr. V (VI) 125/136.

Berlin NW 6, Luisenstraße 33,  
den 1. Dezember 1923.  
Fernsprecher: Norden 11900.

#### Entscheidung

Die nachstehenden tariflichen Vereinbarungen werden für den angegebenen Geltungsbereich gemäß § 8 Absatz 2 der Verordnung vom 23. Dezember 1918 in der Fassung des Gesetzes vom 23. Januar 1923 („Reichsgesetzblatt“ S. 67) für allgemein verbindlich erklärt:

#### 1. Vertragsparteien

a) auf Arbeitgeberseite:

Deutscher Buchdrucker-Verein E. V., Berlin.

b) auf Arbeitnehmerseite:

Verband der Deutschen Buchdrucker;

Gutenbergsbund;

Verband der graphischen Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands;

Graphischer Zentralverband.

2. Abgeschlossen am a) 18. Oktober 1923

(verbindlich erklärte Schiedsprüche);

b) 26. Oktober 1923

c) 1. November 1923

Lohnabkommen zum allgemein verbindlichen Buchdrucker-Tarif vom 19. Dezember 1922 und Buchdrucker-Hilfsarbeiter-Tarif vom 22. Dezember 1922.

3. Beruflicher Geltungsbereich der allgemeinen Verbindlichkeit:  
Gehilfen und Hilfsarbeiter in Buch- und Zeitungsdruckereien sowie in Buchdruckerabteilungen im Umfange der Allgemeinverbindlichkeit des Buchdrucker-Tarifs vom 19. Dezember 1922 und des Buchdrucker-Hilfsarbeiter-Tarifs vom 22. Dezember 1922 („Reichsarbeitsblatt“ Nr. 17 vom 1. September 1923).

4. Räumlicher Geltungsbereich der allgemeinen Verbindlichkeit:

Gebiet des Deutschen Reiches.

5. Die allgemeine Verbindlichkeit gilt

zu a) für die Zeit vom 18. Oktober bis 19. Oktober 1923,

zu b) für die Zeit vom 20. Oktober bis 28. Oktober 1923 und

zu c) für die Zeit vom 27. Oktober bis 2. November 1923.

In Vertretung:  
Dr. Meyer.

Der Deutsche Buchdrucker-Verein hatte als Vertragspartner selbst Einspruch erhoben gegen die Allgemeinverbindlichkeitserklärung der Schiedsprüche vom 1. und 12. September, vom 18. und 26. Oktober und vom 1. November, die er abgelehnt hatte und die erst durch die Verbindlichkeitserklärung des Reichsarbeitsministers für die Vertragsparteien Gesetz wurden. Gegen die Allgemeinverbindlichkeitserklärung des Augustabkommens sowie gegen alle ferneren auf Grund des Tarifs zustande gekommenen Lohnvereinbarungen hatte die Provinzvereinigung der Deutschen Buchdrucker-Einzelbetriebe Einspruch erhoben, die auch zu einer Verhandlung mehrere Vertreter nach Berlin schickte. Die Lohnvereinbarung vom 9. November dürfte im beschleunigten Verfahren in Kürze allgemein verbindlich erklärt werden, da sie seinerzeit von beiden Seiten anerkannt worden ist. Ob sich bei der noch ausstehenden Allgemeinverbindlichkeitserklärung des Goldmarklohnes die Juristen des Deutschen Buchdrucker-Vereins in ein neues Hindernisrennen stürzen werden, bleibt abzuwarten. Ausgeschlossen ist es nicht, daß, um mit einem Herrn „Bavarius“ in der „Zeitschrift“ zu reden, auch hier wieder ein „Offen-theater“ angeführt wird, sei es auch nur aus Prestigegründen; denn andre Gründe der Taktik des Deutschen Buchdrucker-Vereins, die tariflichen Außenfeinde von Pflichten befreit zu wissen, die jedem Mitglied des DVB. auferlegt sind, dürften kaum aufzutreiben sein.

### Die Berliner Novemberbewegung

Dem Berliner Streik lagen jene wirtschaftlichen Ursachen zugrunde, wie sie sich auch in der Provinz mehr oder minder stark ausprägten, in den letzten Monaten aber in Berlin eine Gewitterschwüle schufen, die schließlich zur Entladung kam. Die Schiedsprüche über die einzelnen Lohnabkommen waren vollständig ungenügend, die Teuerung machte immer tollere Sprünge, das Wirtschaftsmanko im Haushalt wurde geradezu unerträglich und die allgemeine Gärung wuchs. Der Schiedspruch mit den 700 Millionen brachte das Fass zum Überlaufen. Weder die Demonstrationen noch die Betriebsräte vermochten dem Grollen der Belegschaften zu begegnen. Es wurde die Forderung von 45 Goldmark für die Woche vom 3. bis 9. November und 10 Goldmark als Nach-

zahlung für die zurückliegende Woche gestellt. In bezug auf die Forderung nach Goldlöhnen machte man der Gehilfenschaft hoffnungsvolle Versprechungen, und auch im Reichsarbeitsministerium versprach man, sich hierfür stark zu machen. Doch Hoffen und Harren machten so manchen zum Narren! So auch hier. 3¼ Billionen Papiermark ohne Nachzahlung und 25 Goldmark für die künftige Woche war der Wessen Spruch als „gerechter Ausgleich“ für die tiefe Not und das grinsende Elend.

Infolge der nicht eingehaltenen Versprechungen und der großen Enttäuschung legte schon am Sonnabend früh, dem 10. November, die Hälfte der Gehilfenschaft die Arbeit nieder und die Nachmittagsversammlung lehnte den Schiedspruch einmütig ab. Damit wurde die Arbeitsruhe allgemein. Jetzt reagierten sich die Widerstände auf allen Seiten: die Berliner Prinzipale besetzten die Vorkassaulen mit großen Plakaten zur „Aufklärung“ des „wahren“ Sachverhalts. Es kam die Verordnung des Befehlshabers des Wehrkreises III, die „jede Verweigerung auch solcher Arbeiten, die außerhalb ihrer tariflichen Verpflichtungen liegen und von der Betriebsleitung als zwingend notwendig für die Aufrechterhaltung des Betriebes erachtet werden“, unter Strafe stellte. Es kam die Verordnung des Generals v. Seeckt, die im gleichen Sinne gehalten war und die Streikenden kategorisch zur Arbeitsaufnahme veranlassen sollte. Es kam die Drohung an die Arbeitslosen, ihnen die Erwerbslosenunterstützung zu entziehen, sofern sie sich weigerten, Streikbrecher zu werden (gleich darauf wurde dem Berliner Gau die Ausschaltung dieser Gelder entzogen). Vom ersten Tage des Streiks gingen Plakaten zum Banknotendruck per Bahn und per Auto nach der Provinz, um dort weiterverarbeitet zu werden. Während des Streiks ist wiederholt ein Flugzeug nach Wien geflogen, um von dort die daselbst gedruckten Rentenmark abzuholen.

Die Berliner Kollegenschaft blieb aber fest. Als all diese Maßnahmen nichts halfen, drang ein starkes Polizeiaufgebot in die von über 1000 Funktionären besuchte Versammlung ein und löste diese auf. Die Kollegenschaft hielt weiter fest zusammen. Nun schritt man zur Verhaftung der Vorstände der fünf am Streik beteiligten Organisationen, soweit die Häher sie zu erreichen vermochten. Unseren Gauvorsteher Braun und drei der andern Organisationen ereilte das Schicksal (Kollege U l b r e c h t war nicht zu „erreichen“); neben diesen wurden rund 25 andre Kollegen hinter Schloß und Riegel gebracht. Eine weitere Versammlung wurde auseinandergepresst. Die Plenarversammlung der Berliner Gewerkschaftskommission befaßte sich eingehend mit dieser Sache, und nach langen Debatten wurde der Entschluß gefaßt — mit 90 gegen 70 Stimmen —, eine Erweiterung des Kampfes zu vermeiden. Unter diesen Umständen trat die Berliner Kollegenschaft den Rückzug an und kam zum Abbruch des Streiks. Die brutale Anwendung der Nachmittel des Staates und der herrschenden Militärdiktatur brachten Unordnung in die Reihen der Kämpfer, und durch das Auftreten tragwürdiger Elemente kam die Front ins Wanken.

Die Berliner Gehilfenschaft hat eine Niederlage erlitten, und die Prinzipalität diktiert nunmehr einen zweiten Verjailler „Friedensvertrag“! Hunderte von Betriebsräten und Vertrauensleuten sind zur Strecke gebracht, viele alte und brave Kollegen, die Jahrzehnte lang ihre Arbeitskraft verbrauchten, erhielten den Abkchrschein. Und wie im Verjailler Vertrag das Unterschreiben des geschlossenen „Friedens“ eine große Rolle spielte, so auch hier: Die „Revers“ sind, den „Frieden gewährleistet“, einheitlich uniformiert! Das alte Arbeitsverhältnis ist erloschen, es kommen nur Neueinstellungen, zunächst „auf vier Wochen zur Probe“, in Frage; Bezahlung des Minimums und Verlust der Ferien; die Hausverträge sind aufzuheben. Der „Frieden“ in den Betrieben ist hergestellt und die Arbeitsfreudigkeit der Kollegen wird dadurch außerordentlich gewacht werden!

Am Sonntag, dem 2. Dezember, fanden in Berlin fünf große Versammlungen statt, die sich mit dem Ausgang des Streiks beschäftigten. Dabei kam die große Erbitterung der Mitglieder zum Ausdruck, die sich gegen alle Instanzen (NDGB, Gewerkschaftskommission, Verbands- und Gauvorstand) wandten und sie für den Mißerfolg verantwortlich machten, weil sie es unterlassen hätten, den Kampf auf breitere Basis zu stellen. (Dazu wird in dem angeführten Artikel zur Taktik auch noch etwas zu sagen sein. Red.) Entsprechende Resolutionen wurden fast in allen Bezirken angenommen.

Der ihr Kollegen im Lande: Weihnachten steht vor der Tür! Eine aus der Verzweiflung entstandene, in sich gerechte Bewegung ist unter unglücklichen Verhältnissen zusammengebrochen. Nahe an 6000 Kollegen in Berlin sind aus dem Produktionsprozess herausgeschleubert; gegen 2000 Streikende treten in absehbarer Zeit nicht wieder in Arbeit neben rund 4000 anderen Opfern des Wirtschaftslebens. Berlin allein kann das große Elend nicht mildern. Tragt euer Scherlein bei, damit diesen vielen wenigstens zu Weihnachten ein Hoffnungsstrahl winkt!

Berlin. Paul Muffia.

### Preis- und Lohn Differenzen

Der Deutsche Buchdrucker-Verein hat in den letzten Wochen zweifellos sein Bestes getan, um zu beweisen, daß seine Beurteilung unbilliger Differenzen zwischen Preis und Lohn im allgemeinen und für das Buchdruckgewerbe im besonderen jede Objektivität und Gerechtigkeit vermissen läßt. Über drei Wochen erstreckte sich ein aufreibender Kampf unserer Organisationsvertreter, um für die Arbeiterschaft unseres Gewerbes auf dem Verhandlungswege einen Lohn zu erringen, der den unheimlich gestiegenen Lebenshaltungskosten annähernd gerecht wird. Mangels sachlicher Argumente versuchten die Vertreter des Deutschen Buchdrucker-Vereins auf den Krüden eines „Tarifbruchs“ der Berliner Kollegenschaft den Manteltarif abzuwürgen, um in willkürlicher Weise die wirtschaftliche Not der Arbeiterschaft des Gewerbes noch mehr zu mißbrauchen als bisher. Wie groß dieser Mißbrauch der wirtschaftlichen Notlage der Gehilfen- und Hilfsarbeiterschaft in letzter Zeit war und leider auch nach der neuen Lohnvereinbarung noch ist, fühlen wir uns verpflichtet, in folgenden Nachprüfungen der Preis- und Lohn Differenzen nachzuweisen.

Am 5. November d. J. war der tarifliche Spitzenlohn in unserm Gewerbe mit 700 Milliarden Mark nur das 20,5 Milliardenfache des Friedenslohnes. Der Buchdruckerlohn blieb also mit nur 21 Proz. um 79 Proz. unter der Steigerung der gleichzeitigen Reichsindexziffer. Der amtliche Großhandelsindex vom 6. November wies sogar eine 129 Milliardenfache Steigerung der Friedenspreise im Großhandel auf; demgegenüber blieb der Buchdruckerlohn mit nur 16 Proz. um 84 Proz. zurück. Und der Druckpreisetarif (der „Lohntarif“ der Prinzipale) ergab zu gleicher Zeit eine 125 Milliardenfache Steigerung der Friedenspreise, ließ also den Lohn ebenfalls um 84 Proz. hinter der Steigerung der Druckpreise zurück; der Lohnanteil an den Produktionskosten des Buchdruckgewerbes, der im Frieden mit 40 Proz. veranschlagt war, belief sich damit nur noch auf 7 Proz. So saßen also die Dinge in jenen Tagen aus, als sich die Berliner Kollegenschaft einem ihren Kräften weit überlegenen Feind aussetzte. Es ist hier nicht der Ort, die taktischen Meinungsverschiedenheiten über Beginn und Verlauf dieses Kampfes zu erörtern, aber das sei gesagt, daß die moralisch Verantwortlichen für diesen Streik nach unserer Auffassung ganz woanders zu suchen sind als im Berliner Gewerkschaftshaus, und zwar in der Berliner Wilhelmstraße, in dem Generalstabquartier des DVB. Das dürfte durch den hier zu führenden Nachweis der damals und heute noch bestehenden Preis- und Lohn Differenzen klar zu erkennen sein.

### Verhältnis zwischen Reichsindexziffer, Buchdruckerlohn, Druckpreisetarif und dem amtlichen Großhandelsindex

Reichsindex Vielfaches der Friedenszeit (1 = 100)	Tariflicher Buchdruckerlohn Vielfaches des Friedenslohnes	Relatives Verhältnis des Buchdruckerlohns zur Reichsindexziffer (1. Betrag auf die Friedenszeit)	Druckpreisetarif Vielfaches der Friedenszeit	Anteil des Lohnes an den Produktionskosten in Proz.	Reichsamtlicher Großhandelsindex Vielfaches der Friedenszeit (1 = 100)
1	2	3	4	5	6
1913	1	1,00	1	0,40	1
1921	12	0,75	—	—	—
1922	148	84	0,57	243	0,13
1923					
Januar	1120	567	0,51	1392	0,16
Februar	2643	1254	0,47	4265	0,11
März	2854	2072	0,72	5470	0,15
April	2984	2072	0,73	5470	0,15
Mai	3816	2533	0,63	6917	0,16
Juni	7650	5759	0,75	6000	0,34
Juli	37351	15327	0,49	41950	0,14
August	586045	243040	0,38	1016400	0,09
3. Sept.	1845261	1460151	0,79	4752000	0,12
10. Sept.	5051046	1657940	0,33	7940000	0,08
17. Sept.	14244000	3199334	0,22	14200000	0,09
24. Sept.	23000000	8726000	0,38	28290000	0,12
1. Okt.	40400000	24734076	0,61	52300000	0,19
8. Okt.	109100000	43881911	0,40	118800000	0,11
15. Okt.	201500000	159800052	0,19	1115000000	0,09
22. Okt.	301500000	87271262	0,28	990000000	0,09
29. Okt.	13671000000	752768233	0,55	2310000000	0,13
5. Nov.	9820000000	292074811	0,21	12520000000	0,07
12. Nov.	21800000000	10189374055	0,47	24750000000	0,16
19. Nov.	83100000000	42329474000	0,51	115900000000	0,11
26. Nov.	155000000000	75329314137	0,51	115900000000	0,11
3. Dez.	110000000000	75329314137	0,68	221100000000	0,14

Es hieße die Bedeutung vorstehender statistischer Nachweise, die sich auf amtliche Quellen und offizielle gewerbliche Tatsachen stützen, in ihrer Bedeutung nur abschwächen, wenn wir sie im einzelnen noch erläutern

wollten. Nur dürften sie noch überzeugender wirken, wenn wir sie auch mit dem jeweiligen Dollarkurs in relative Beziehung setzen und die entsprechenden Ergebnisse zunächst nur für die elf letzten Monate im Durchschnitt festhalten, und zwar in folgender Zusammenstellung:

### Relatives Verhältnis des Buchdruckerlohns

zur Reichsindexziffer, zu dem amtlichen Großhandelsindex, zum Dollarkurs und zum Druckpreisetarif im Durchschnitt der Monate Januar bis November 1923

Monate (1923)	Reichsindexziffer = 100		Großhandelsindex = 100		Dollarkurs = 100		Druckpreisetarif = 100	
	Großhandelsindex	Dollarkurs	Reichsindexziffer	Dollarkurs	Großhandelspreis	Dollarkurs	Reichsindexziffer	Großhandelspreis
Januar	250	99	124	51	40	31	50	109
Februar	211	61	161	42	47	28	83	22
März	171	42	192	72	59	24	112	42
April	176	43	186	73	56	25	105	39
Mai	214	71	158	62	47	33	73	29
Juni	253	82	111	39	32	35	33	20
Juli	199	53	111	40	50	27	58	20
August	147	46	174	38	68	31	118	32
September	189	170	154	41	55	03	50	21
Oktober	251	200	237	41	38	82	125	56
November	129	99	133	43	82	09	104	15

Die Reichsindexziffer als primitiver Maßstab der Lebenshaltungskosten für Ernährung, Heizung, Beleuchtung, Wohnung und Bekleidung zeigte im Monat November eine scharfe Annäherung an die Großhandelspreise. Das heißt, die frühere Spannung zwischen Groß- und Kleinhandelspreisen ging erheblich zurück. Noch deutlicher zeigte sich die gleiche Tendenz gegenüber dem Dollarkurs; im November stiegen die Kleinhandelspreise sogar über den Dollarkurs, nachdem sie vorher von letzterem um das Doppelte übertroffen wurden. Der Druckpreisetarif hielt sich dagegen trotzdem immer noch wesentlich höher, während der Buchdruckerlohn im letzten Vierteljahr mit 41 bis 43 vom Hundert durchschnittlich weit unter der Hälfte der Reichsindexziffer blieb.

Zieht man dieselben Vergleiche im Hinblick auf die Großhandelsziffer, so wird das noch drastischer. Denn neben der starken Annäherung der Reichsindexziffer an die Großhandelsziffer müssen wir ein starkes Übersteigen des Dollarkurses durch die Großhandelspreise feststellen, und diese wurden durch den Druckpreisetarif noch übertroffen, während der Buchdruckerlohn knapp ein Drittel seiner Friedenspreise gegenüber den Großhandelspreisen behaupten konnte. Trotzdem lamentieren aber das Prinzipalsorgan und die Prinzipalsvertreter bei allen Lohnverhandlungen fortwährend über angebliche Rekordlohnforderungen unserer Vertreter.

Das gleiche Bild wiederholt sich bei einem Vergleich mit dem Dollarkurs. Die Reichsindexziffer hat im November den Dollarkurs um 21 Proz. überflügelt, die Großhandelspreise überstiegen den Dollarkurs sogar um 48 Proz. und der Druckpreisetarif war mit 54 Proz. Dollarkursüberflügelung wiederum an der Spitze dieser Preisfaktoren, während der Buchdruckerlohn mit 52 Punkten nur die Hälfte der Dollarkurssteigerung erreichte.

Geradezu empörend wird aber die Sache, wenn man den Druckpreisetarif den übrigen Vergleichsfaktoren gegenüberstellt. Denn trotz der außerordentlichen Steigerungen der Reichsindexziffer, der Großhandelspreise und des Dollarkurses gerade im Monat November, in dessen Verlauf die Herren Doktoren des Deutschen Buchdrucker-Vereins in so leichtfertiger Weise die Arbeiterschaft des Buchdruckgewerbes um einen gerechten Lohn pressen wollten, hat der Druckpreisetarif sowohl Reichsindexziffer wie Großhandelspreise und Dollarkurs mit 100 gegen 78, 93 und 68 in den Schatten gestellt. Und all demgegenüber steht der Lohnanteil an den Produktionskosten im Verhältnis der Steigerung des Druckpreisetarifs gegenüber dem Friedensstande von 40 Proz. nur mit 14 Proz., und zwar trotz des „Rekord“-Goldlohnes von 27 M. in der Spitze!

Mit dieser Feststellung wollen wir jedoch den Druckpreisetarif nicht in jeder Beziehung als unberechtigt verurteilen. Soweit er auf Preisverhältnissen der Rohstoffe und sonstigen Produktionsanteile aufbaut ist, können auch die Erzeugnisse unseres Gewerbes nicht unter dem Einkaufspreis in Rechnung gestellt werden. Aber das eine ist unbestreitbar, daß die Lohngestaltung in unserm Gewerbe für diese Höhe des Druckpreisetarifs in keiner Weise verantwortlich zu machen ist. Denn die gleichen Gründe, die im allgemeinen für die Bemessung des Preisetarifs wie der Zeitungs- und Inseratenpreise von Unternehmenseite in unserm Gewerbe geltend gemacht werden können, kommen in ebenso starkem Maße auch für die Gestehungskosten der menschlichen Arbeitskräfte, also für die Lohn- und Gehaltsempfänger, in Frage. Was Farbe, Papier, Maschinenteile, maschinelle Antriebskräfte und sonstige sachliche Gestehungskosten an Ausgaben im Produktionsprozess verursachen, das gilt sinngemäß auch für die Lebenshaltungskosten. Die Reichsindexziffern vom 26. November wie jene vom 3. Dezember weisen nach, daß die Preise der Lebensbedürfnisse die Friedenspreise (gemessen am derzeitigen Dollarkurs) um mehr als die Hälfte übertreffen, und daß z. B. 100 Friedensmark (Einheit der Reichsindexziffer) heute mindestens 150 Goldmark sind. Wenn wir sehen, daß heute, trotz einiger Preisentlastung in den letzten Tagen, fast alle Bedarfsartikel des täglichen Lebens um das Doppelte bis Fünffache der Friedenspreise teurer sind, und daß sich aus dem Papiermarkttrug der letzten Monate nun ein Gold-





Denn aus den Verunglimpfungen unsrer Führer schöpfen die Unternehmeröldlinge in den letzten Jahren ihre ganze Macht und Kraft, die um so stärker wachsen, je mehr das Vertrauen der Arbeiterschaft in die Gewerkschaften und ihre Führer durch verblendete Schwärmer oder rotschwarze Demagogen untergraben wurden. Ein ehrlicher und aufrichtiger Gewerkschaftsführer zu sein, ist heute schwerer als je zuvor. Nur unerschütterlicher Glaube an die Kulturmission der freien Gewerkschaften stellt noch ein Licht in dunkler Nacht auf diesen steinigen Wegen dar. Und dieser Glaube unsrer rechtmäßigen Führer, die durch den Willen der Mehrheit der Kollegenschaft auf ihre Posten gestellt wurden, erfordert mehr als je zuvor Ermüdung und Unterstützung auch in den Mitgliederkreisen unsrer Organisation. Nicht an den Führern liegt es, wenn die Organisationen der Arbeiterschaft und von diesen insbesondere die Gewerkschaften im Wirksamkeitsleben an Macht und Einfluss verloren haben, sondern nur an der Verwirrung, die durch unklare Köpfe unter dem Wirrwarr der Kot und des Glends des Krieges und seiner Folge in Arbeiterkreisen erzeugt wurde. Diesen falschen Propheten gilt es in erster Linie, das traurige Handwerk der Arbeiterzersplitterung zu legen. Je gründlicher und gewissenhafter das geschieht, desto freier werden die Kräfte unsrer Führer zur Bekämpfung der Preis- und Lohnbifferenzen, desto schneller wird sich unser Verband wieder nach innen wie außen festigen!

### Der Ruf nach dem Goldmarklohn

Die katastrophalen Währungsverhältnisse des Deutschen Reiches, besonders der letzten Zeit, haben alle Arbeitnehmer dazu bewogen, erneut und verstärkt den Ruf nach der Goldmarklohnzahlung zu erheben. In dieser Zeit, wo die Wirtschaft schon längst die Goldmarkrechnung hat und Reich und Staat und Kommunen sich bemühen, in ihren Einnahmen dem Papiergeldbetrag ein Ende zu machen, ist das Verlangen der Arbeitnehmerschaft eine Selbstverständlichkeit. Wenn dagegen auf der andern Seite ein starrköpfiges Unternehmertum wenig oder gar kein Entgegenkommen zeigt, so ist das nur der Widerschein der heutigen Verhältnisse, allwo die Kapitalistenklasse dem arbeitenden Volke den letzten Stoß verfehen will, um es der vollständigen Verelendung preiszugeben und damit den Boden für den Jehnstudenten zu bereiten.

So sehr auch alle Arbeitnehmer nach der Goldmarklohnzahlung verlangen und das Unternehmertum sich dagegen sträubt, so sollte man sich doch darüber keinen falschen Hoffnungen hingeben, daß etwa die Goldmarkentlohnung der Arbeiterschaft das bietet, was sie von ihr zu erwarten glaubt. Vor allen Dingen sollte man sich klar sein, daß auch bei der Goldmarkentlohnung der Reallohn ständig sinken kann, ständig sinken wird, wenn erst einmal die Lohn- und die Gehaltszahlungen der großen Mehrheit der arbeitenden Bevölkerung in Goldmark erfolgen. Das mag manchem ungläubig erscheinen; dennoch wird es Tatsache sein, wenn nicht eine andre Einstellung der Regierung zu der allgemeinen Preisbildung Platz greift.

Sunächst: Was ist Goldlohn? Oder vielmehr: Was verstehen wir heute darunter? Die Entlohnung in Papiermark nach dem Kurs der Edelmetalle, beispielsweise des Dollars. Für später könnte man sich die Zahlung in wertbeständigen deutschen Zahlungsmitteln denken. Inwieweit diese (Goldanleihe, Dollarschabanweisungen, Rentenmark) wirklich wertbeständig bleiben, mag hier unberührt bleiben. Befassen wir uns vielmehr mit der Zahlung in Papiermark nach Goldmarkrechnung. Als Umrechnungskurs wird selbstverständlich der Berliner amtliche Kurs in Frage kommen, der in der letzten Zeit so niedrig war, daß sich die Produzenten und Händler nicht daran störten. Somit würde die Arbeitnehmerschaft nur einen geringen Teil ihres Vorkriegslohnes erhalten. Doch selbst, vorausgesetzt, daß das Unternehmertum hierzu bereit wäre, wenn man einen Kurs in Ansatz bringen wollte, wie er bislang von der Kölner Börse notiert wurde, der durch seinen höheren Kurs mehr der wirklichen Preisbildung gerecht wurde, so sollte man sich doch darüber klar sein, daß in demselben Augenblick der Kurs an der betreffenden Börse herunterging, wenn von ihm die Lohnzahlungen großer Arbeitermassen abhängig wäre. Der Devisenhandel würde sich dann, wie dies auch schon jetzt der Fall ist, an den Strakenenden abspielen, natürlich zu ganz unterschiedlichen und Zufallskursen, wie ihn das damit verbundene Risiko erklärlich findet.

Nun wird wohl niemand glauben, daß ein solcher Devisenkurs, der sich an den schwarzen Börsen abspielt, als Maßstab für die Berechnung der Goldmark in Frage kommen kann; wenigstens werden Tarifverträge auf einer solchen Grundlage nicht abgeschlossen werden können. Wir würden es also erleben, daß der Kurs der Edelmetalle sich an den offiziellen Börsen senkt, während er im schwarzen Handel bedeutend höher ist. Die Sentung des Devisenkurses, so erfreulich sie ist, ist jedoch ohne Einfluß auf die Preisbildung, wenn im schwarzen Handel wesentlich höhere Beträge gezahlt werden. Damit wird aber der Goldlohn in der zum Teil schon bestehenden Form der Kursnotierung der Berliner Börse zum Schaden der arbeitenden Bevölkerung sich auswirken, weil er nicht mit der tatsächlichen Preisbildung konform geht.

Es kommt auch noch hinzu, daß die Goldpreise allgemein das Doppelte, oder auch das Drei- und Vierfache und sogar mehr der Vorkriegslohn betragen. Dies müßte zur Folge haben, daß der jetzige Goldmarklohnbetrag nominell entsprechend höher sein müßte wie vormals. Wie einem solchen Verlangen begegnet wird, das zeigte uns der Berliner Buchdruckerstreik, wo im Reichsarbeitsministerium ein Schiedsspruch gefällt wurde auf 25 Goldmark Wochenlohn, obwohl vor dem Kriege 34,38 M.

bezahlt wurden. Gemessen an der geringen Kaufkraft der heutigen Goldmark müßte der Lohn in diesem Falle wesentlich mehr betragen.

Wir sehen also, daß hier eine so breite Klüft besteht, die wohl nicht überbrückt werden kann. Deshalb sollte man auch heute die Frage der Goldmarkentlohnung sehr nüchtern betrachten. Vor allen Dingen erinnern man sich dabei, daß es das Unternehmertum war, das schon einmal sogenannten Goldlohn zahlen wollte: als feinerzeit die zentralen Verhandlungen über die Frage der wertbeständigen Löhne gepflogen wurden. Damals haben die Spitzengewerkschaften das Angebot des Unternehmertums abgelehnt, weil sie wußten, daß die Lohnzahlung mit dem Maßstab des Goldankaufspreises oder des Goldankaufsaufwandes in einen Betrag der Lohnempfänger ausmünden würde. Sollte das Unternehmertum auch nicht bei der neuerlich verlangten Goldlohnrechnung in der Lage sein, die Arbeiterschaft zu betrügen? Ich behaupte, daß die Unternehmer dazu in der Lage sein werden und es deshalb auch tun werden.

Es entsteht nun die Frage: Gibt es denn gar keine Möglichkeit zu einer gerechteren Entlohnungsweise? Da muß zunächst wiederholt werden, wie schon so oft, daß es eine wirklich befriedigende Lösung des Lohnproblems nicht geben kann ohne die richtige Lösung des Währungsproblems und dieses wieder nicht ohne die Lösung der Wirtschaftsprobleme. Diese Frage soll hier jedoch nicht weiter behandelt werden. Meines Erachtens gibt es aber vorerhand eine Zwischenlösung, die viel leichter den wirtschaftlichen Verhältnissen und den Interessen der arbeitenden Klasse gerecht wird, und dies ist die Entlohnung nach den tatsächlichen Lebenshaltungskosten. Der einzige Gradmesser der Lebenshaltungskosten kann nur ein richtig angewandter Index sein. Der jetzige Reichsindex ist um deswillen nicht gut, weil er nicht alle Bedürfnisse des menschlichen Lebens in sich einschließt, und insbesondere in der jetzt sich überfüllenden Zeit mit seinem nur einmaligen Erscheinen in der Woche unzulänglich ist. Er sollte wenigstens zweimal wöchentlich, könnte sogar täglich ermittelt werden. Dann würde er die wirkliche Preisbildung widerspiegeln können und automatisch für die Lohnberechnung und Lohnzahlung in Kraft treten können. Die Indexentlohnung hat der Goldentlohnung das voraus, daß in dem Index die tatsächlichen Lebenshaltungskosten sich auswirken müssen, wenn er richtig errechnet wird, dagegen nicht bei dem sogenannten Goldlohn, der lediglich spekulativen Einflüssen unterworfen ist.

Ich resümiere: Solange unsere Produktions- und Währungsverhältnisse nicht endgültig geregelt sind, wodurch erst eine richtige Lösung des Lohnproblems möglich ist, so lange wird uns der Goldmarklohn ebenfalls nicht viel helfen können. Mir erscheint die Indexentlohnung zur Zeit als die einzige Möglichkeit einer halbwegs gerechten Entlohnungsweise. Der Widerstand, den das Unternehmertum einer automatischen Indexentlohnung entgegensetzt, sollte uns mit ein Beweis dafür sein, daß den Interessen der Arbeitnehmerschaft zur Zeit nur in einer Indexentlohnung gebient sein kann, die nicht der Spekulation und dem Betrug zugänglich gemacht werden kann.

Düsseldorf.

Adolf May.

### Goldlohn und Buchdruckerhaushalt

Der Spitzenlohn ist nach wochenlangem Verhandeln auf 27 Goldmark festgesetzt worden, liegt also mehr als genug unter dem Vorkriegslohn. Durch Kurzarbeit wird uns der Brotkorb außerdem noch höher gedüngt. Selbst diesen mehr als bescheidenen Lohn gönnte uns der größte Teil der Prinzipale nicht und sträubte sich mit Händen und Füßen dagegen obwohl man selbst bereits seit 1. November die Preise auf Goldbasis stellte. Bedenkt man, daß die heutigen Lebensmittelpreise die Friedenshöhe doppelt und mehrfach überschritten haben — haben vielmehr (wie Ende November) Schmalz 1,60 M., Zucker 50 Pf., Apfel 50 Pf. in Friedenszeit gekostet? — daß vor dem „alorreichen“ Kriege Kurzarbeit ein unbekannter Begriff, dagegen in größeren Betrieben Überstunden an der Tagesordnung und Sonntagsarbeit auch vielfach anzutreffen war, daß Krankentafelbeitrag und Steuern viel niedriger waren, entkleidet man den Lohn der seither üblichen pompösen Billionen, dann steht er in seiner ganzen Armseligkeit vor uns, und man muß feststellen, daß wir um mindestens die Hälfte schlechter dastehen als früher. Nachstehende bescheidene Wochenrechnung eines Ehepaares ohne Kinder mag zeigen, daß auch der Goldlohn ein Engerschnallen des Hungeriemens bedeutet:

Verdienst bei 42stündiger Arbeitszeit	M.	Gehaltsausgaben:	M.
Taxen ab Steuern, Krankenkassenbeitrag, Arbeitslosenversicherung, Verband	22,20	1/2 Pfund Getreide	—,20
Taschengeld des Mannes (für Tabak, Rasieren, Zeitung usw.)	5,75	1 Pfund Zucker	—,60
Verbleiben für den Haushalt	18,45	1/2 Pfund Fleisch	—,10
		1 Pfund Mehl	—,25
		20 Pfund Kartoffeln	—,60
		Gemüse	—,50
		2 Brote	—,20
		Anteile, Gemüse, Eßig, Salz	—,10
		Teile, Wäsche, Instandsetzung von Kleidung	—,10
		1 Dutzend Brezeln	—,45
		1/2 Pfund Margarine	—,80
		1/2 Pfund Schmalz	—,25
		1 Pfund Speck	—,25
		1 Pfund M. Mehl	—,25
		Schuhreparatur	—,10
		Gas und Miete	—,20
		<b>Insgesamt</b>	<b>14,25</b>

Es erntet sich also im Haushalt ein Defizit von 80 Pf. Das ist doch kein Loben mehr, das ist Regieren! Wurst, Butter, Eier usw. darf sich der arme Buchdrucker nicht anheben, an Neuanschaffung von Kleider ist nicht zu denken. Stünden die Preise im Einklang zum Lohn, dann könnte man ja einigermaßen zufrieden sein. Aber gerade auf diesen



Gebiete wird unheimlich viel gesündigt. Gegen 3 Uhr nachmittags umlagern ganze Scharen von Gemüßhühnern und Margarineonkeln die Zeitungsexpeditoren, um mit langen Gesichtern abzuziehen, wenn der Dollar stabil geblieben ist; steigt er aber, dann fliehen diese Herrschaften mit Behältern davon und numerieren lustig drauflos. Die großen und kleinen Liebhaber Zeitgenossen wissen sich aber auch zu helfen, wenn der Dollar stehen bleibt; man erhöht einfach die Goldpreise. Es sind zwar nur Pfennige, aber „Wer langsam geht, kommt auch zum Ziel“.

Die Gesetze, welche die Erhöhung der Goldpreise verbieten, werden einfach ignoriert; kein Mensch kümmert sich darum. Ist gar ein Kollege mit mehreren Kindern „geleant“, dann fressen sie ihm tatsächlich die Haare vom Kopf. Der Armste kann sich nicht einmal aufhangeln, denn er kann das Geld zum Strick nicht aufstreifen. Göttliche Weltordnung! „Mir ist's, als ob ich die Hände auf's Haupt dir legen soll!“

G r i t z.

F r i z F r a n k h ä u s e r.

## Verbandsbeitrag am Sonnabend, 75 Goldpsg.

Dazu kommen noch die Gau-, Bezirks- und Ortsbeiträge. Beim fehlen wertbeständiger Zahlungsmittel erfolgt Umrechnung nach dem Kurs vom Donnerstag, dem 6. Dezember: 75 Pf. = 750 000 Milliarden Mark. Lehrlingsbeitrag: 10 Pf. = 100 Milliarden Mark.

## Korrespondenzen

Berlin. (Außerordentliche Generalversammlung am 18. und 19. September. Wegen andauernder großer Raumnot tritt jetzt ab bringen mögliche Red.) Eingangs dieser Versammlung mit der Tagesordnung „Bericht von den Lohnverhandlungen“ und „Die wirtschaftliche Lage der Kollegenschaft und die Einstellung unserer Führer teilte Kollege Braun mit, daß in Verfolg einer Vorbesprechung 70 Betriebsräte von Berliner Groß- und Kleinbetrieben den zweiten Punkt in einer allgemeinen Buchdruckerversammlung zu behandeln verlangten, um die gewerkschaftliche Einstellung der Führer sowie die einschlägigen Probleme einer Kritik zu unterziehen. Aus Gründen der technischen Unmöglichkeit habe der Gauvorstand diesem Verlangen nicht nachkommen vermocht und eine Funktionärerversammlung am Sonntag einberufen. Verlangt wurde weiter die Labung eines Arbeitervertreterers aus dem Kabinett, eines Vertreters des ADGB und der politischen Partei sowie des Verbandsvorstandes. Die Antragsteller hatten den Reichstagsabgeordneten Dr. Levi als Referenten bestellt, nachdem der Gauvorstand es abgelehnt hatte, zu dem fraglichen Thema das Referat zu übernehmen. Kollege Braun empfahl der außerordentlich stark besuchten Versammlung, den zweiten Punkt der Tagesordnung zu teilen, die erste Hälfte dem bestellten Referenten zu überlassen, da es nicht angängig sei, einem der Organisation nicht Angehörigen die Kritik über die Einstellung der Führer in einer Buchdruckerversammlung zuzugestehen; die Behandlung der zweiten Hälfte des Themas könne dann ein von den Antragstellern zu bestimmender Kollege übernehmen. Der Vorschlag wurde angenommen. Seitens des Parteivorstandes war der Abgeordnete Dr. Herx erschienen, Kollege Seix vom Verbandsvorstand und Cloth von der Hilfsarbeiterorganisation. Nach einer kurzen Geschäftsordnungsdebatte entlegte sich Kollege Albrecht in kurzer und präziser Weise seiner Aufgabe bezüglich der Berichterstattung über die Lohnverhandlungen. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung in seiner ersten Hälfte referierte nunmehr Abgeordneter Dr. Levi. Einleitend bemerkte er, daß er unter nicht richtigen Auffassungen hierher gekommen sei. Fremde hätten in die inneren Organisationsangelegenheiten sich nicht einzumischen. Wenn man geglaubt habe, daß er sich als Sturmbock bei Austragung von Differenzen gebrauchen lasse, dann werde man sich arg enttäuscht fühlen. Hierauf behandelte Redner in äußerst sachlicher und wirkungsvoller Weise die ihm gestellte Aufgabe, den ganzen Lebensweg zeigend, den die Arbeiterschaft gegangen ist und noch zu gehen haben wird. Komme die Entscheidungsstunde, dann hänge die Zukunft von der Einbeittlichkeit und Geschlossenheit der Arbeiterschaft ab. Dem Referenten wurde stürmischer Beifall gesollt. Kollege Schirman n behandelte die zweite Hälfte des Themas. Man wolle mit der Organisation Mittel und Wege suchen, um den Erfordernissen der Zeit in wirtschaftlicher Beziehung nach Möglichkeit näherzukommen. Die Kritik gelte nur dem System, dieses müsse eine Änderung erfahren. Die Politik des ADGB und seine bürokratische Einstellung entspreche nicht dem Willen der Massen, die sich in ihrem Kampfwillen beinträchtigt fühlen. Man verlange mehr Beweglichkeit und Initiative, dann werde das im Schwinden begriffene Vertrauen zu den Führern sich wieder festigen. Kollege Alh l übte scharfe Kritik am ADGB und den Gewerkschaftsführern, Kollege W a r z am Reichswirtschaftsrat bezüglich seiner Einstellung in der Erwerbslosenfürsorge, Kollege Alä b e r am „Demo“ ob seiner Einstellung gegenüber der Stilllegung der Betriebe, die in ihrer Auswirkung eine weitere Vermehrung der Arbeitslosen bringe. Kollege Seix rechtfertigte die Politik der Gewerkschaften mit ihren mannigfachen Aufgaben für die Gegenwart unter Berücksichtigung der äußerst schwierigen wirtschaftlichen Verhältnisse. Abgeordneter Dr. Herx erklärte sich mit dem Referat von Dr. Levi in seinen grundsätzlichen Gedankenansichten einverstanden und beschloß sich mit der wirtschaftlichen und politischen Lage Deutschlands. Hierauf wurde nach einem Schlußwort von Dr. Levi die Ver-

sammlung verlagert auf Mittwoch, den 19. September. — In der zweiten Versammlung beehrte Kollege Braun den als württembergischen Gesandten in Berlin akkreditierten Abgeordneten Kollegen Hildenbrand, sowie den „Vorwärts“-Redakteur Kollegen Klübs. Weiter teilte Kollege Braun mit, daß die Gerichte, die deutschen amtlichen Stellen hätten den Buchdruckerstreik als Inland genommen, Banknoten in Wien drucken zu lassen, nach Mitteilungen von dort sich bisher nicht bestätigt haben. Hierauf ging der Redestrom weiter. Die Diskussion wurde bestritten von den Kollegen Stro v h, Kiesebeck, Dörband, Schreiter, Thaler, Engelmeier, Zwirner, Ebel, Büsch, Fiedler, Wolf, Fülle, Barfknecht, Braun, Mahlo. Die Wiedergabe der mitunter sehr interessanten und lehrreichen Ausführungen verbietet leider der beschränkte Raum des „Korr.“ Scharfe Kritik und offenes Bekenntnis zur eingeschlagenen Politik der Gewerkschaften wechselten in unterschiedlicher Folge. Kollege Cloth vom Hilfsarbeiterverband äußerte sich zustimmend bezüglich gemeinsamer Berichterstattung über die Lohnverhandlungen. Abgeordneter Hildenbrand führte in längeren Ausführungen den Nachweis, daß es heute mehr denn je notwendig sei, die Gewerkschaften von politischen Einwirkungen fernzubehalten. In scharfer Weise sprach er gegen die Zerstückelung der kommunistischen Partei sowohl in politischer wie in gewerkschaftlicher Beziehung und schloß unter starkem Beifall und geringem Widerspruch. Kollege Albrecht konstatierte in seinem Schlußwort, daß die Lohnverhandlungen und das Abkommen gar keiner Kritik ausgesetzt waren. Bei der Abstimmung wurde der Protestantrag der Arbeitslosen betreffend die tendenziösen Auslassungen der bürgerlichen Presse und die Beschlüsse des Reichswirtschaftsrates bezüglich der Arbeitslosen einstimmig angenommen. Die Resolution, unterzeichnet von fünf Betriebsräten von vier Großdruckereien, betreffend Einberufung einer allgemeinen Mitglieberversammlung, Einberufung einer Vollversammlung der Berliner Betriebsräte, Aufgabe der Koalitionspolitik wurde abgelehnt. Ein Antrag Schirman n: „Die am 18. September 1923 tagende Generalversammlung beschließt, daß bei kommenden Lohnabschlüssen die Funktionäre der Buchdrucker und Hilfsarbeiter in gemeinsamen Generalversammlungen dazu Stellung zu nehmen haben“, wurde mit geringer Mehrheit angenommen. Am Schluß der Versammlung teilte Kollege Braun noch den Mittelbestand und die Lage im Gau mit. Danach waren von 13550 Mitgliebern rund 6000 Kollarbeiter, 1850 arbeiteten 24 Stunden und darunter, 600 arbeiteten 25—36 Stunden, 1000 36—40 Stunden, 1000 sind verschollen, ausgeschlossen oder ausgetreten, 300 in andern Berufen und 3000 sind arbeitslos.

Magdeburg. „Allen Gewalten zum Trotz sich erhalten!“ Das gilt von unserm Ortsverein, dessen fünfzigjähriges Bestehen am 8. und 9. September begangen wurde, und von der Feyer selbst. Während überall der rasende Dollarlauf die gewerkschaftlichen Fluren schwer beschädigte und alles unterband, haben wir hier, getreu unser von jahrzehntelangen Unterbrückungen einer verbandstreuen Minderheit zeugenden Geschichte, den Wurf zu einer Arbeiterfestlichkeit von höchster Gewerkschaftskultur gewagt. Und er gelang glänzend! Unser Festschrift hat ihr Verfasser Willi Krahl (der Verbandsgehaltsschreiber), unser Bezirksvorsteher aus der zweiten Hälfte der neunziger Jahre, eine gewerkschaftliche Vertiefung und eine plastische Abrundung verliehen, daß wir uns mit unsern 75 Jahren Magdeburger Buchdruckerfest (von 1848 bis 1873 war Magdeburg zweimal Haupt- und einmal Gauverein) wohl sehen lassen können. Von vier Mitgliebern nach dem schmällichen Zusammenbruch im März 1873 bis zu einem Ortsverein von 873 Mann im Jahre 1921, welcher ein Werdegang in ästhetem Kampfe um Boden für Verband und Tarif! Welche Bilder über Magdeburg wurden bis 1896 im „Korr.“ entrollt? Nur Köln ist damit vergleichbar. Was die Firma H. Woblfeld technisch aus Krahl's musteraktiger Arbeit gemacht hat, läßt mit Bug und Recht von einem Prachtwerke sprechen. Möglich war das nur, indem die Geschäftsleitung weitestens Entgegenkommen zeigte und Verfasser wie die daran arbeitenden Setzer- und Druckerkollegen monatlang ihre freie Zeit uneigennützig opferten. Jedem Beteiligten dabei unser aller Dank und Anerkennung! Die Druckereien „Volkstimme“, „Gutenberg“, E. Baensch jun. und H. Schultius haben durch die Herstellung der vielen guten Festdruckfachen (eine humoristische Festschrift mit dem traditionellen Titel „Die Wilsptke“ hatte sogar acht Seiten Umfang in großem Zeitungsformat) ebenfalls darauf Anspruch. Die Beteiligung seitens der Kollegenschaft war sehr gut, die „Nationalfestsäle“ hatten jedesmal gestopft volle Besetzung aufzuweisen. Das Festkonzert am Sonnabendabend bot für unsere an geistigen Genüssen so armen Verhältnisse atoke seelische Erhebung. Das gesamte Städtische (Opern-)Orchester, der Baritonist Richard Gähler von der Magdeburger Oper, Heinrich Bogeler, der Intendant der städtischen Theater als Interpret eines Brezang'schen Prologs, unser braver Graphischer Gesangsverein und Kapellmeister Albert Mattausch als Leiter des Ganzen liehen uns Zeit und Not verzeihen. Kollege Krahl breitete mit seiner kurzen, von vereinsgeschichtlichen Reflexionen freien Rede dem echten Gewerkschaftsgeist hoch die Schwinge. Dankbar und ergriffen ging die große Festgemeinde auseinander. — Die Kranieniederlegung andern Morgens am Gutenbergdenkmal gestaltete sich zu einem Festakt im Freien unter Musik und Gesang. Ortsvorstehender Kunze mann hielt eine Ansprache. Seine markanten Worte über die Lage des Buchdruckerwesens, sein Appell wecks Erteilung von Druckaufträgen waren, gesprochen auf öffentlichem Platze, ein ungewöhnlicher Vorgang; ungewöhnlich aber auch die traurige Einleitung mit der Mitteilung, daß unweit vom Gutenbergdenkmal einer unserer Besten, der



schon ältere Kollege Franz Martini, vor Minuten vom Tode ereilt wurde. Dann ging es in großem Zuge unter Borantritt einer eigenen Musikkapelle nach dem Festlokal. Dortselbst wartete der „Graphische“ mit einer Neuheit auf, „Zuruf“ betitelt, die für jede Buchdruckeranstaltung textlich paßt und von dem Gesangsvereinsdirigenten Matzschubvorsitzende Herrfurth verfasst viele Begrüßungsschreiben, dankte ihren Absendern und ehrte den Kollegen Krahl noch durch Überreichung eines Sonderexemplars der Festschrift mit Widmung. Gauvorsteher König, Polizeipräsident Krüger (unser Mitglied), der Kollege Bunte (Braunschweig), die Schwager Grob und Klincker sowie Kollege Krahl wirkten den Kommerz durch Anreden. Am Nachmittage fand unter großer Beteiligung die Eröffnung der Druckausstellung der Graphischen Gesellschaft statt und am Abend ergab die Aufführung des tollen Dreifakts „Die spanische Fliege“. Neben dem Graphischen Gesangsverein verdient der Graphische Gesellschaftsverein mit eigener Musik- und Theaterabteilung — die Magdeburger haben es weit gebracht! — für die Mitwirkung an unsrer großartigen, auch finanziell aut abschließenden Jubiläumssfeier vielen Dank. Auf jeden Fall haben wir durch die Art dieser Jubiläumssfeier unsre gewerkschaftlichen Sachwerte hier tüchtig vermehrt.

**Magdeburg.** Das fünfundwanzigjährige Bestehen der Graphischen Gesellschaft Magdeburg, der auch kein leichtes Aufsteigen beschieden war, hat mit der Anlehnung an das Ortsvereinsjubiläum eine Gestaltung erfahren, die den Bestrebungen einer fachtechnischen Vereinigung jedenfalls am besten entsprach. Auch hier feierte der so oft schon stolze Idealismus Triumphe; monatelang waren die besten Köpfe tätig, um etwas Schönes und Großes zu schaffen. Das gute Verhältnis zum Ortsverein des Verbandes bezeugen die beim Festkommerz deselben gewechselten Glückwünsche. Die am Nachmittage des 9. September dann durch den Oberbürgermeister Beimis eröffnete Druckausstellung in dem schönen Kaiser-Friedrich-Museum machte von vornherein den Eindruck eines Volkstreffers. In dieser Reichhaltigkeit der Besichtigung auch von auswärtig, woran die Reichsdruckerei, und der Vielseitigkeit des veranschaulichten Materials, nicht am wenigsten in alten Drucken, wird in der Nachkriegszeit bis dahin wohl noch nichts geboten gewesen sein. Kollege Kruschel verband für die Graphische Gesellschaft mit seinen Worten denn auch die gebührenden Anerkennungen. Dr. Greißel von der Museumsleitung hat darauf besonderen Anspruch. Die Freimachung genügender Räume war nicht so einfach, und was dieser Kunstgeschichtsforscher von Auf mit seinen Vorträgen an den Sonntagen geübt hat, unterstreicht diese Notwendigkeit noch mehr. Dem Gerede von dem Rückgang der Leistungen in offiziellen Prinzipalreisen war diese Ausstellung eine schlagende Widerlegung. Der offensichtlichen Schlechterbezahlung solcher Arbeitskräfte gegen früher noch über das allgemeine Zurückbleiben der Löhne hinaus ist aber von der andern Seite nichts entgegenzusetzen. Die Ausstellung hat bis zum 28. Oktober gedauert. Der Besuch war auch aus andern Kreisen gut und im allgemeinen sehr gut.

## Allgemeine Rundschau

**Kein Entgegenkommen der Druckpapierfabrikanten.** Wie wir im „Zeitungsverlag“ lasen, haben am 28. November in Berlin Verhandlungen der Zeitungsverleger mit den Vertretern der Druckpapier herstellenden Verbände über den Druckpapierpreis für Dezember und über die Zahlungsbedingungen stattgefunden. Die Zeitungsverleger verlangten eine Senkung des Druckpapierpreises und sie rechtfertigten dies damit, daß auf dem Inlandsmarkt eine Überfülle an Druckpapier augenblicklich vorhanden ist und die Preise das Weltmarktniveau überstiegen haben. Weiter wurden von den Zeitungsverlegern die durch aus unbilligen und wirtschaftsfeindlichen Zahlungsbedingungen der Druckpapier herstellenden Verbände als schärfste kritisiert. Die nimmermatten Papierfabrikanten lehnten natürlich jedwedes Entgegenkommen ab und drohten obendrein noch mit einer wesentlichen Verschärfung der bisherigen Zahlungsbedingungen. Angesichts der absoluten Weigerung, den berechtigten Forderungen des Zeitungsgewerbes entgegenzukommen, wird den Verlegern im „Zeitungsverlag“ ange raten, in nächster Zeit so sparsam wie möglich Papier einzukaufen. Es werde ferner in Erwägung zu ziehen sein, ob nicht auf Grund des Kartellaufrichts-Gesetzes gegen das Vorgehen der Druckpapier herstellenden Verbände eingeschritten werden solle, zumal das Fortbestehen der Zeitungen das öffentliche Interesse wesentlich berührt. Als Beweis eines ganz krassen Falles des Vorgehens der Kartelle auf dem Gebiete der Druckpapierherstellung gab der „Zeitungsverlag“ einen Nachdruckartikel der „Märkischen Zeitung“ vom 21. November wieder, in dem es u. a. heißt: „Am 2. November stand zwar ein Gesetz gegen den Mißbrauch wirtschaftlicher Machtstellung im Reichsanzeiger“. Gegen die Industriekartelle sollte es Handhaben bieten. Heute schreiben wir den 20. November. Nicht um ein Zota hat sich die Raubritterpolitik mancher von jeder berücksichtigten Kartelle geändert. Da ist z. B. der Verband deutscher Druckpapierfabrikanten in Berlin. Nach wie vor beherrschend und (nach den Äußerungen vieler Papierfabriken) tyrannisiert er das ganze deutsche Papiergewerbe. Kein Papierverbraucher darf ohne Einwilligung dieser Berliner Despoten Papier kaufen, keine Fabrik darf Papier abgeben ohne die Zustimmung dieser Berliner Elite. Jede deutsche Zeitung, mag sie nun im Westen, Osten oder Süden des Reiches sitzen,

muß nach Berlin um Papier betteln gehen — und wenn sie eine Papierfabrik im eigenen Hause hätte!“

**Wiedererscheinen der „Solidarität“.** Nach längerer Pause erscheint die „Solidarität“, das Organ der graphischen Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen, wieder wöchentlich, sogar in einem sehr ansprechenden vergrößerten Format. Der Bezugspreis wurde auf 30 Pf. monatlich festgesetzt, und von der Redaktion wird bestimmt damit gerechnet, daß von den Mitglie dern durch allseitigen Bezug die Vorauszahlung für das ständige Erscheinen der „Solidarität“, womöglich noch in verstärktem Umfange, geschaffen wird.

**Neue Lohnsätze für das Buchbindergewerbe.** Als Ausgleich der weiteren Teuerung wurde auf dem Verhandlungswege am 3. Dezember auf den am 17. November vereinbarten Goldlöhnen eine besondere Ausgleichszulage von 30 Proz. für die Zeit vom 6. Dezember 1923 bis 2. Januar 1924 zugestanden. Danach beträgt der Spitzenlohn eines verheirateten Gehilfen in der Ortsklasse I (Berlin) 52 Pf., in der Ortsklasse II (Leipzig) 50,1 Pf.

**Der Achttundentag bleibt Gesetz.** Unter dieser Überschrift führte das ehemalige Mitglied des Rates der Volksbeauftragten Wilhelm Dittmann in einem Artikel des „Vorwärts“ den blühigen Nachweis, daß der Achttundentag in Deutschland überhaupt nicht auf der inwärtigen abgelaufenen Demobilisierungsordnung, sondern auf Gesetz beruht. Das Gesetz, das den Achttundentag zur Einführung brachte, war die große „Verordnung mit Gesetzeskraft“, die von dem damals einzigen Gesetzgeber für das Reich, dem „Rat der Volksbeauftragten“, am 12. November 1918 verübtet und durch das „Übergangsgesetz“ am 1. März 1919 von der Nationalversammlung ausdrücklich legalisiert worden ist. Die große „Verordnung mit Gesetzeskraft“ vom 12. November 1918 hob den Belagerungszustand, die Zensur, das Hilfsdienstgesetz, alle Beschränkungen des Vereins- und Versammlungsrechts, der freien Meinungsäußerung, der Religionsausübung und der Arbeiterbeschäftigungen auf, gewährte Amnestie für politische Straftaten, führte die Arbeitslosenunterstützung ein, proklamierte das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht für Männer und Frauen vom 20. Lebensjahre an für Reich, Staat und Gemeinden und sie bestimmte ferner wörtlich: Spätestens am 1. Januar 1919 wird der achttündige Maximalarbeitstag in Kraft treten. Die elf Tage später erlassene Anordnung des Demobilisierungskommissars vom 23. November, die fälschlich als die Grundlage des Achttundentages ausgegeben worden ist, beruht auf der „Verordnung mit Gesetzeskraft“ vom 12. November 1918. Diese Verordnung hätte nur von der Nationalversammlung aufgehoben werden können. Das ist aber nicht geschehen, sondern die Nationalversammlung hat am 1. März 1919 diese Verordnung mit allen übrigen Verordnungen der Volksbeauftragten ausdrücklich aufrechterhalten. Außerdem wurde im § 1 des „Übergangsgesetzes“ ausdrücklich festgelegt, daß alle von dem Räte der Volksbeauftragten bisher erlassenen und verübteten Verordnungen in Kraft bleiben. Damit ist der Achttundentag in Deutschland gesetzlich als „Maximalarbeitstag“ gemäß der Verordnung der Volksbeauftragten vom 12. November 1918 festgelegt worden. Die abgelaufene Demobilisierungsverordnung ließ gewisse Überschreitungen des Achttundentages zu, die mit dem Vorfall jener Verordnung ebenfalls gefallen sind.

**Mahnahmen zum Preisabbau?** Am 30. November hat im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft mit Vertretern des Fleischergewerbes eine Besprechung stattgefunden wegen einer Herabsetzung der Fleischpreise. Die Beteiligten wurden aufgefordert, die gegenwärtigen Preise unverzüglich herabzusetzen und für die Zukunft auf der Grundlage der tatsächlichen Herstellungskosten und unter Einrechnung eines Gewinnzuschlages, der den im Frieden für die Gewichtseinheit gebahnten Verdienst keinesfalls überschreiten darf, die Preise in Goldmark neu festzusetzen. Solange diese Umstellung auf die von allen Risikozuschlägen freizuhaltenden Goldmarkpreise nicht erfolgt ist, ist bei Zahlung in wertbeständigen Zahlungsmitteln (Rentenmark, Goldmark) ein entsprechender Nachlaß (Rabatt) von den im übrigen erheblich herabzusetzenden Papiermarkpreisen zu gewähren. Die Vertreter des Fleischergewerbes sagten zu, daß sie in ihren Kreisen auf die Einhaltung dieser Richtlinien hinwirken werden. Erfolgt die Herabsetzung nicht oder nicht in genügendem Maße, dann ist es Aufgabe der Preisprüfungsstellen und der Polizeibehörden, mit allem Nachdruck einzugreifen. Das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft wird in ähnlicher Weise auch mit andern Kreisen des Nahrungsmittelgewerbes und Handels ins Benehmen treten, um eine allgemeine Senkung der hohen Lebensmittelpreise zu erzielen. Ob das gelingen wird, bleibt abzuwarten. Vorläufig ist nur von einem kleinen Rückgang der wahnsinnig gestiegenen Fleischpreise etwas zu hören, nicht aber von einem solchen in andern Lebensmitteln, z. B. in Kartoffeln, oder in andern Lebensmittelnotwendigkeiten. Von einem Rabatt bei Zahlung in wertbeständigen Zahlungsmitteln werden gerade die bedürftigsten Volksteile am wenigsten Vorteil haben, solange sie keine Rentenmark in die Hände bekommen, sondern nur die alten Papiermarkstücke.

**Der machtlose Diktator Kahr.** Unter Bezugnahme auf unsre Rundschau notis „Amerikaner hohe Goldpreise“ in Nr. 103, in der wir die fortwährende Heraufdrängung der Grund- und Goldpreise für alle lebensnotwendigen Artikel geahndet, wobei wir auf eine vorbildliche Warnung des bayerischen Generalkommissars verwiesen, schreibt uns ein Kollege aus Bayern zur Information u. a.: „In Verordnungen, Verordnungen usw., wie die förmlichen Diktate alle heißen, sind wir schon von Kahr gestiftet bis oben an. Was uns aber die Hauptsache ist, daß sich diese Erlasse nur Tatsache auswirken, davon haben in Bayern die wenigsten, am wenigsten die Konsumenten, etwas zu spüren bekommen.“



Bei dem schönen Anfang 'Ich will usw.' bleibt es auch in den meisten Fällen, von einem Vollbringen keine Spur. Nur einige Beispiele vom Wirken unfers glorreichen Diktators: Die erste 'Tat' war die Bierpreiserhöhung; um die Sympathie der Biertrinker zu erobern, setzte er den Preis um ein Unbedeutendes herab, kaum eine Woche später wurde der Bierpreis um das Dreifache erhöht mit Kahrs Zustimmung, darob große Enttäuschung! Heutiger Literpreis 48,2 bis 50 Goldpfennig, Friedenspreis 26 Pf. Kahrs sagt nichts mehr dazu. Es folgte die Verordnung über Oktober-Mietpreise. Große Aufregung beim Hausbesitz. Erfolg: Aufhebung für November, weil praktisch undurchführbar. Das Verbot sämtlicher sozialdemokratischen Zeitungen, hat jeden Grundes, fand sogar beim bayerischen Gesamtministerium keine Gegenliebe und wurde aufgehoben. So könnte noch manche der herrlichen 'Taten' aufgezählt werden, die nur den ausgesprochenen Zweck haben, durch ein gegenfeitiges Auspielen der verschiedenen Interessentengruppen Kahrs wackelige Stellung zu einer haltbaren zu machen, was aber kaum gelingen dürfte. Eine Interessentengruppe gäbe es, wo er seine 'Warnungen' zum Segen aller anbringen könnte, wo er aber vollständig versagt, das ist die Landwirtschaft. Es könnte sonst nicht vorkommen, daß wir heute in Bayern, wo angeblich Milch und Honig fließen soll, a. B. in Augsburg für ein Pfund Butter 1,9 bis 2 Billionen, für einen Liter Milch 110 Milliarden zahlen müssen. Diese Preise werden sogar in Kempten und Kaufbeuren, also im Krauzergebiet, vom Konsumenten verlangt. Friedenspreis war für Butter 1,20 M., Milch Liter 16 bis 18 Pf. frei ins Haus. Zu der Landwirtschaft hat Kahrs noch nicht von Verbrechen am Volke und keine Schicht des Volkes darf heute Friedenspreise nehmen! Das wäre auch für den Herrn gefährliches Beginnen, er kennt seine Pappenscheimer, wie Heim, Schittenbauer und Konforten an der Spitze, ganz genau. In diesem Augenblick wäre es mit seiner Herrlichkeit vorbei, die auch so nicht mehr lange dauern wird. Auch die ihm bisher wohlmeinenden Kreise sind seit dem Ritter-Ludendorff-Bußschuß bedeutend abgerückt. Eine Änderung der bayerischen Eigenart dürfte auch der jetzigen Reichsregierung schwer fallen, nachdem sie zu ihrem Bestand die Glanznummer Einminger zählt, den man in Bayern genügend kennt. "Soweit die Zukunft. "Worte sind gut, aber Taten sind besser", so kann man auch vom Wirken des bayerischen Generalsstaatskommissars Kahrs sagen, der das gelobte Land mit Gewalt hervorzuzaubern versprach. Zu Taten schwang er sich höchstens gegen Marxismus und Judentum auf, aber gegen Industrie und Großhandel, Agrarier und sonstige Preistreiber, diese eigentlichen Schänder der Wirtschaftsmoral, findet er nur hochtönende Worte. Es ist eben in Bayern genau so wie im übrigen Reiche.

**Arztkreise.** Seit 1. Dezember ist in dem Verhältnis der Ärzte zu den Krankenkassen ein weniger oder mehr offener Kriegszustand eingetreten, in dem zum Teil auch die Apotheken einbezogen sind. Die Ärztevereinigungen nennen die fristlose Einstellung ihrer Kassentätigkeit in bisheriger Form vertragslosen Zustand, die Krankenkassen Streik unter Vertragsbruch. Die Kranken und die Versicherten überhaupt müssen aber wieder einmal mit ihren Rücken herhalten, damit zwei streitende Parteien darauf herumtrömmeln können. Während die Krankenkassen behaupten, die Ärzteorganisation (der bekannte forschende Leinziger Verband) wolle einen großen Schlag gegen die Krankenversicherung führen, erklären die Ärztevereine, ihr Vorgehen richte sich nur gegen das Reichsarbeitsministerium, das mit einer auf Grund des Ermächtigungsgesetzes erlassenen Verordnung, zu der Vertreter der Ärzteschaft in keiner Weise gehört worden seien, in die berufliche Unabhängigkeit der Kassennärzte auf das schwerste eingegriffen und den Krankenkassen Vorrechte eingeräumt habe, die Zahl der Ärzte zu beschränken sowie in der Anstellung wie in der Entlassung. Tatsächlich ist durch Eingreifen des Reichspräsidenten diese Verordnung bereits gemildert worden. Die Ärzte werfen den Krankenkassen zu hohe Verwaltungskosten und zu niedrige Bezahlung der Ärzte vor. Die Krankenkassen wider behaupten, die Ärzteorganisation ziehe 22 Proz. von den Ärzthonoraren für ihre Verwaltungskosten ab, es seien zwiefel Ärzte vorhanden, die Hälfte genüge. Die freie Arztwahl ist ja ein altes Kriegsobjekt. Da die Krankenkassen durch die Geldentwertung an den Abgrund gekommen sind, kann zum mindesten die Verordnererei nicht so weitergehen. Mit weniger Quacksalberei würde es auch gehen. Die Ärzte und die Apotheken haben, wie auch von Kassenvorständen zugegeben wird, unter der verspäteten, daher völlig entwerteten Bezahlung ihrer Tätigkeit und ihrer Lieferungen außerordentlich gelitten. Jetzt bei sehr hohen Beitragsquoten die Versicherten in bezug auf Arzt, Apotheke und Heilmittel mehr und mehr zu verschlechtern, und zwar mit oder ohne Regierungsverordnung, das geht nicht an! Wollen die Ärzte aber die Krankenversicherung zerfäulen, gilt ihnen der Kampf. Bedeurend ist, daß der Verein sozialistischer Ärzte in Berlin sich auch gegen Regierung und Krankenkassen stellt. Unser sozialpolitischer Mitarbeiter, der die Dinge hier etwas anders beurteilt, wird weiteres über diesen so schnell als möglich zu beendenden Streik schreiben.

**Literarisches**

Die Magdeburger Buchdrucker bis zum Jahre 1923. Hundstübchen Jahre Werden und Werden. Selbstkritik zum fünfzigjährigen Bestehen des Druckvereins Magdeburg im Verband der Deutschen Buchdrucker. Am 6. September d. J. vollendeten sich fünfzig Jahre seit der ersten, entzündlichen Gründung des Druckvereins Magdeburg. Die organisierten Verläufer reichen noch fünfzigjährige Jahre weiter, auf 1848, zurück. Nicht ein Druckverein unfers Verbandes blühte eine derartig bewusste Vergangenheit haben. Es ist ein dankenswertes Verdienst unfers dortigen führenden Kollegen, alten Schmiedergeliebten zum Tag Heilig nationalen Jahren zu Weihen und Gewandtschaften die zum Dankung gebracht zu haben. Der Verleger der Magdeburger Druckvereinsblätter - wie versteht sich z. B. das allgemeine Kapitel "Magdeburg als Druckstadt" - hat mit

Lewandernwerten Eifer und großer Liebe das Material zu diesen Bogen zusa. unentgeltlich. Keine Zeit hat er ja auch wie kann ein Arbeiter dazu kommen, hat er doch selbst während einer Reihe von Jahren an der gewerkschaftlichen Unterstützung Kampfbereitschaften Anteil genommen. Der reiche Stoff ist mit einem wackeren persischen Porz. und Nachwort eingeleitet und abgeschlossen. Der Text ist kurz und faßlich gefaßt; es ist auf die Verbandsgeschichte verzichtet, um Rückblicke und Ausblicken zu vermeiden. Ein Anfang mit merkwürdigen Worten, Daten und Zahlen veranschaulicht den Inhalt und gibt ihm gewissermaßen das Rückgrat. Der Leser versteht mit sich steigendem Anteil, wie die Magdeburger Kollegen, ein Wissen von besond. Wert, Verbände und tarifliche Gegebenheiten wurden, welche großen Schwierigkeiten und Widerstände zu überwinden waren, wie immer wieder die Vorhater unentgeltlich der größten Drucker mittels ihrer Hausfrauen und sonstiger Admittit die gewerkschaftlichen Bestrebungen zurückschlügen, was aber trotz alledem die gute Sache kein verschoben und zum Siege geführt wurde. Auch hier äußerlich ist das Best. mehrheitlich. Nach einem Entwurfe des Abendjournals Maximilian Bauer ist es verändert und leicht und sauber in zwei Textfarben gedruckt, für die Initiatoren kommt eine weitere Arbeit und für die Kunstbelle noch eine Oerie in Betracht; das häufige Rot zeigt schon, diese Färbung. Der Umschlag ist in seiner vornehmen Einfachheit von fastiger Schönheit. Die Titelseite des Verbands ist eine hübsche Illustration, welche Kineten teilweise zur Verfügung. Eine Kunstbeilage mit kleineren Gutendern, das Magdeburger Gutendendekret und eine Innenansicht des Vereinsbüros als Bildnis zum Vollen die meistezeitige Ausstattung. Die renommierte Magdeburger Qualitätsdruckerei A. Hofffeld, deren Tätigkeit verbordener Seniors an der verwendeten schönen neuen Verhöb-Schrift großen Anteil haben soll, erwarb sich mit solcher Herausstellung dieses kleinen Wertes ein tatsächliches Verdienst. Interessenten können das 100 Seiten umfassende wertvolle Buch noch durch den Discretin Magdeburg (Verwalter Otto Fischer), Gr. Münzstraße 3, beziehen. 2, 20.

**Typographische Mittellagen**, Heft 9, Jahrgang 1923. Das Kölner Heft fand nun endlich den Weg zu den Berufsgenossen. Die französische Hauptrolle im Rheinlande hat das etwa sechs Wochen lang verhindert. Dieses aus Anlaß der Jubiläumfeier der Typographischen Vereinigung Köln herausgegebene Spezialheft ist ganz Kölner Ursprungs; sogar die verwendete Schrift (Eckart-Rebulauschriften von Lubwin & Meyer) haben den Kölner Generallehrer J. Eckart zum Urheber, der auch der gesamten Ausstattung des Heftes Stil und Richtung gab, während die bekannte Buch- und Kunstverlegerin M. DuMont Schauberg der Herstellung alle Sorgfalt zuwendete. Das Kölner Heft ist nach jeder Hinsicht eine Tat und gerecht auch den den Sturmstufen dieser notwendigen Zeit tapfer überlebenden Bildungsverbände aus Ehre. Während ringum auch in unfrem Gernere die Trümmer sich anhäufen, haben der Bildungsverband und die Typographische Vereinigung Köln auf der einen, auf der andern Seite der Discretin Magdeburg des Verbandes mit seiner fast gleichzeitig erschienenen Zeitschrift augensichtlich voranschrittlich, daß die gutenbergische Kunst sich auch in wirtschaftlichen Zusammenbruch noch zu behaupten vermag. Freilich gehören nicht nur Opferwilligkeit seitens aller Beteiligten, nicht der den Buchdruckern an sich reichlich innewohnende Begeisterung dazu, jetzt ist schon wahrer Heroismus erforderlich. Das Kölner Heft mit seinem vielen, aber begrenzten Rot hat aparte Wirkung, die durch das in unster goldbarren Heft sich in beträchtlichem Maße noch hinzugefügte Gold noch mehr Eigenart aufweist. Jeder, der sich beruflich befaßt, muß, wird das Kölner Heft aber auch seines Inhaltes wegen zu seinem Buchdruckerhause sammeln. Organisationsgeschichtlich ergibt sich für Köln mancher bemerkenswerte Rückschluß; z. B. war die "Concordia" als Vorläuferin der Vereinigung zeitweilig der einzige Buchdruckerhelferverein in Köln. Die Geschichte des Buchdrucks in Köln hat von Georg Dornel eine umfassende sehr interessante Darstellung gefunden. Das Heft hat ebenfalls Anspruch auf hohe Wertung. Die Typographischen Mittellagen verdienen für ihre tapfere Auslieferung gegen den Druck und die Schwere der Zeit alle Anerkennung, wegen des Kölner Heftes aber besonderen Dank.

**Deutscher Buchdruckerkalender 1924.** 21. Jahrgang. Verlag des Bildungsverbandes der Deutschen Buchdrucker, G. m. b. H., Leipzig. Es ist ein großes Maß von Vertrauen auf den alten, edigen Buchdrucker, der die Herausgeber dieses treuen Wegbegleiters der deutschen Kollegenschaft bezeugt und der sie veranlaßt, mitten im politischen und wirtschaftlichen Wirrwarr der Gegenwart, trotz der schier unüberwindlich erscheinenden Schwierigkeiten auf allen Gebieten, trotz der eine Chimborosöhöhe erklimmenden Herstellungskosten und der im umgekehrten Verhältnis stehenden Abnahmestärke des Buchdruckerstandes auch in diesem Jahre erscheinen zu lassen. Möge dieses schöne tollkühne Vertrauen seine Würdigung finden! Das 21. Glied der Kalenderreihe ist dem Inhalte wie der Ausstattung nach seiner Vorgänger durchaus würdig. Auch die diesjährige Ausgabe ist ein richtiges Spiegelbild der Zeit. Das bewußt zunächst der Inhalt, der im wesentlichen dem seelischen Wohlstand der Arbeiterschaft, den Gewerkschaften, gewidmet ist. Von einem Rückblick über das Wirken und Entfallen unfers Verbandes im abgelaufenen Jahre wird der Blick durch überschüssige graphische Darstellungen zunächst auf die gegenwärtige Entwicklung von Preis und Lohn im Buchgewerbe gelenkt, um dann über bemerkenswerte Verhandlungen; die Beihilfsabteilung und Beihilfsordnung sowie die im Entstehen begriffene Gewerkschaftsarbeit betreffend, zum Graphischen Bund, dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund und dem Internationalen Buchdruckersekretariat geführt zu werden. Doch auch der Fortbildung dienen zur Ausübung der Berufs-tauglichkeit, als des fast einzigen Ausblicks in diesen jammervollen Tagen unfers Erbenwillens, einige ansprechende und belehrende Beiträge; hier sei besonders ein Aufsatz über die Entwidlung der Roten Arbeit und des Rotenlages genannt. Die üblichen Kalenderstoffe, das jährliche unfers Trakt und gewöhnliche Gebetsblatt, unterhaltende und staatlische Beiträge, die Aufschriften der tollkühnen Verbände und sinnreich verzierte Notizblätter in hinreichender Anzahl vervollständigen das Ganze. Hervorgehoben sei noch die nach Selbstverletem trefflich geformte Skizze "Im Ranne des Eisernen". Umrahmt wird das Gebotene von sechs warm empfundenen und formvollendeten Dichtungen Weister Prezjans. Aber auch die Ausstattung in äußerem zweifelhaftein Druck mit der edlen neuen Koch-Antiqua und -Kursiv sowie flotten, glänzenden Alnetten des Graphikers C. H. Menner muß jeder Kaufmann neidlos als neuzeitlich und musterhaft bezeichnen; sie macht der Buchdruckerwelt, der Duacret unfers Bildungsverbandes, alle Ehre. Möge der Kalender trotz der kürzeren Zeit auch diesmal wieder seinen Weg in die Hände und Herzen der Kollegen finden. Wo sich die eine Gutmacht dafür noch erübrigen läßt, wird kein reiches Jüten tragen! 2, 20.

**Sozialdemokratischer Arbeiterkalender für das Jahr 1924.** Die "Vorwärts"-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Berlin SW 68, Lindenstr. 3 (Hoftheaterstr. Berlin Vr. 7954) hat ihren seit Jahren herausgegebenen besten Arbeiterkalender rechtzeitig erscheinen lassen. Er präsentiert sich in gediegenem technischer Aufmachung diesmal als illustriertes Jahrbuch. Jeder Tag des Jahres hat sein Bild auf der Schaufelle, die zugleich das Kalenderdatum und die Gebotene trägt, während die Alnetten in gewohnter Weise staatlische Anreden, Zitate, Gedichte, Sprüche, parteigeschichtlich, gewerkschaftlich und genossenschaftlich beachtenswerte Hinweise enthalten. (Grundpreis 1,50 M. mal Buchhändler-schiffelzähl.)

**Jahrbuch des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes für das Jahr 1922.** Dieses zum erstenmal erscheinende Buch bietet einen tiefen Einblick in den diesjährigen Aufgabenkreis, auf den sich die Tätigkeit des ADGB im Reich erstreckte, und es zeigt, welche ungeheure Aufwandskraft von der Spitzenorganisation der freien Gewerkschaften auf soziale und wirtschaftspolitischen Gebieten zu bewältigen war. Zu beziehen von der Verlagsanstalt des ADGB in Berlin SO 16. Grundpreis 2,50 M. mal Schiffelzähl.

**Arbeiterland**, ein Jahrbuch für die Ruben und Mädel des arbeitenden Volkes. (Im Verlage des Reichsanstalts für sozialistische Bildungsarbeit im Vorjahre zum erstenmal herausgegebene Heftliche Jahrbuch liegt für 1924 in neuer Auflage vor. Der Text, durch Titel- und Buchdruckvollbilder nach Schöpfungen namhafter Künstler belebt, ist diesmal noch reichhaltiger gestaltet als in der ersten Auflage. Namentlich ist das Gesellschaftliche mehr betont. Mit allerlei überlieferten Auffassungen wird aufgeräumt, der wirtschaftliche Blick der Ruben wacheren. Im naturwissenschaftlichen Erkennen zu entwickeln verhofft, das Interesse für gesellschaftliche Gemeinschaft im staatlischen Sinne fördert. Würden und Erählungen, Gedichte und Leben-beschreibungen erzaen sich dem Ruben des Garmen gefaßt an. Verstellungen sind zu rüden an die "Vorwärts"-Buchdruckerei und Verlagsanstalt, Berlin SW 68, Lindenstraße 3.

**Verschiedene Eingänge**

"Deutscher Buch- und Zeichenkalender." Mit dem 21. Jahrgang trat die bekannte Fachzeitschrift in ihren 20. Jahrgang ein. Bekannt zu werden verdient die Tatsache, daß

es der richtige Verlag trotz der Höhe der Zeit verstanden hat, bis in die letzte Zeit in wertvollen Sondernummern die Mannigfaltigkeit deutscher Arbeit in ihrer wirtschaftlichen und technischen Auswirkung auf die graphische Industrie Deutschlands in der Welt bekannt zu machen.

Im einen jüngeren Artikel "Sonderwege der Welt" gibt ein Buchdruckmann wertvolle Hinweise für den Interaktiven. Die darin gegebenen vielen Beispiele aus der Praxis sind geeignet, auch alles Schriftmaterial nützlich zu verwenden.

"Schweizerische Graphische Mitteilungen." Monatschrift für das graphische Kunstgewerbe. 21. Jahrgang. Heft 10. Redakteur und Herausgeber August Müller in St. Gallen (Schweiz). Preis halbjährlich 6,75 Fr., bei Zusendung unter Kovert 7,75 Fr.

"Die Welt." Sozialistische Halbmonatschrift. Herausgegeben von Parvus. 9. Jahrgang. 1. Band. Nr. 33 bis 35. Preis 5 Pf. mit Schlüsselzahl. Verlag für Sozialwissenschaft, Berlin SW 68.

"Kunstausstellung: Werke an Kunst und Kunst (1896 bis 1918)." Volls Ausgabe. Kleinvertrieb: Zentralvertrieb zeitgeschichtlicher Bücher, G. m. b. H., Berlin W 30, Gleditschstraße 6. Kartierter 2,50 Grundzahl mal Buchbinderschlüsselzahl.

"Produktion und Genese." Vorschläge zur Frage der Produktionssteigerung von Hans Weilmater. Verlagsgesellschaft des DDB, in Berlin SO 16. Grundpreis 20 Pf. mit Schlüsselzahl (zur Zeit 75 Proz. niedriger als die des Buchhandels).

Briefkasten

G. B. in Amberg: Schreiben vom 5. 11. hier nicht eingegangen; wahrscheinlich infolge nicht vollständiger Adressierung (wie aus heutiger Karte zu ersehen). Werden Ihnen aber die zwei Kalender übermitteln. Gruß u. - R. M. in Schwabach a. d. G.: Unter Groß-Saiga in Nr. 108 quillert. - R. M. in G.: Wollen leben, ob es sich bei den schwierigen Raumverhältnissen machen läßt. - G. v. in Fr.: Werden uns gern bei Sache annehmen, wenn es auch nicht so schnell gehen wird. - Fr. B. in R.: Bitte Aufnahme; aus Raumgründen jedenfalls einige Streichungen. - W. S. in R.: 1. Verzicht wird nicht angenommen. 2. In dem einen Beitrag kann die andre Seite nicht ganz überhöht werden.

Für Abrechnung des "Korr." für Dezember infolge veränderter Aufgabe des Abonnementen haben einzukommen: A. G. in Oberhausen, S. H. in Wetzlar, T. G. in Wiesbaden, D. B. in Wiesbaden, R. S. in Berlin; in 25 Pf.; "Wohlfahrt" in München; 2,75 M.; "Tagespost" in Ulm; 7,50 M.; G. G. in Berlin; 1,25 M.

Verbandsnachrichten

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chamissoplatz 5 II. Fernruf: Amt Rurfurt Nr. 1191. Postfachkonto: Berlin Nr. 102387 (H. Schwelinger)

Bayern. Nicht 5 Proz. des Verbandbeitrages, sondern 5 Goldpfennige beträgt der Beitrag. Ermäßig zahlbar in dieser Höhe war der Wandelkarte am 24. November. Kollegen, welche die erste diesbezügliche Notiz überlesen haben, wollen bei nächster Beitragszahlung Verbleibendes nachholen.

Schleswig-Holstein. G a u n t e r t u n g e n ab 25. November 1923: S 17a 30 bzw. 40 Milliarden Mark; S 17c 40 bzw. 60 Milliarden Mark; S 18a 30 bzw. 40 Milliarden Mark; S 18b 10, 12,5 bzw. 15 Millionen Mark; S 18c 10, 12,5, 15, 17,5, 20, 22,5 bzw. 25 Millionen Mark. Größte Restzahlung bei Vorzugsausgaben ist bringende Pflicht aller Geldbesitzer, die geringer sind, als die Vorkasse, können aufgeschoben werden; die Zahlungsabstimmung müssen zu Mittellungen benutzt werden.

Adressenveränderung

Wenzels (Ober). Zuschriften für den Ortsverein sind zu richten an: Franz W a l d b a c h, Angerstraße 1.

Veranstaltungskalender

Berlin. Korrespondentenversammlung Sonntag, den 9. Dezember, vormittags 10 Uhr, im "Graphischen Vereinshaus", Brandenburgerstraße 44. - R a j a i n e n s e h e r v e r s a m l u n g Sonntag, den 9. Dezember, im "Klubhaus", Dönhofsplatz 2. - B o r k a n d 9 Uhr. Dresden. V e r s a m l u n g d e r F r e i e n F a k t o r e n Sonnabend, den 15. Dezember, abends 7 1/2 Uhr, bei Volker, Wettiner, Ecke Reinhardtstraße. - V e r s a m l u n g d e r G r a p h i s c h e n V e r e i n i g u n g Freitag, den 14. Dezember, abends 7 1/2 Uhr, im "Klubhaus". Leipzig. R a j a i n e n s e h e r v e r s a m l u n g Sonntag, den 9. Dezember, vormittags 10 Uhr, im "Vollshaus". Nur für Leipzig.

Zentralkommission der Stereotypen und Galvanoplastiken Deutschlands

Der Kopfleitag für Dezember beträgt für Stadtbüro 6 Pf., für die übrigen Gaus 5 Pf. Werden uns die Summe nicht in wertvollsten Zahlungsmitteln überweisen, so muß bei Kopiergeldüberweisungen der Kurs des Einzahlungstages angewandt werden. Für Arbeitslose wird der Beitrag nicht erhoben.

Extrabeitrag für den "Korrespondent"

Gesamte bis zum 1. Quittung. Weiskirchen: 170 Milliarden (1. Bock, 6 Kurzarbeiter). Müllheim: 450 (3. 15). Mitten: 120 (-, 3). Witten: 100 (2, -). Amberg: 350 (1, 15). Kussab: 1270 (13, 31). Wipplachsburg: 920 (8, 25). Auerbach i. B.: 720 (2, 31). Rugsburg: 1040 (8, 22). Baden-Baden: 907 (7, 23). Beesem: 150 (3, -). Berchtesgaden: 70 (1, 1). Berlin: "Berliner Tagesblatt" (Maschinenheft) 3250 (65, -); G. M. Lehmann 900 (18, -); G. S. Müller & Sohn 2250 (45, -); Schenck Nachf. 340 (2, 12); S. Verhölzl 1915 (14, 61); Kautsch 50; Weiskirchen: 2200 (32, 30). Bonn: 1890 (7, 65). Böttrich: 800 (14, 8). Brandenburg: 1200 (insgesamt 90, 36). Braunschweig: 3000 (51, 23). Bremen: Schöb. Haushilf 1300 (29, -). Breslau: 8050 (3. Rate); 5050 (insgesamt 353, 320). Briesg (Bez. Breslau): 850 (19, -). Chemnitz: 3000 (legte Rate). Deggendorf: 200 (5, -). Dessau: 1800 (104, 30). Dorken: 180 (2, 3). Dortmund: 3778 (157, 21). Dresden: 1670; Schöb. Saxonia 100 (4, 5); Esfel 40; Böben 244 (5, -); Raube 270 (3, 6); G. Lehmann 45 (-, 1). Duisburg: 4000; 2100 (43, -). Düren: 2300 (35, 23). Düsseldorf: 12 830 (221, 89). Emden: 400 (3, -). Eising: 750 (3, 30). Elmangen: 250 (-, 13). Emden: 1800 (37, -). Emmers: 640 (12, 2). Engen: 100 (-, 5). Effen: 16 540 (222, 272). Frankfurt a. M.: 10 000 (3. Rate); 13 000 (4. Rate). Fulda: 580 (-, 29). Fürth i. B.: 1440 (19, 27). Geisingen: 120 (2, 2). St. Georgen: 350 (7, -). Geiswiz: 2890 (51, 19). Glogau: 490 (9, 12). Goch: 245 (5, -). Goidap: 200 (3, 3). Götzig: 470 (51, 86). Goslar: 1200 (18, 20). Greifswald: 800 (-, 30). Gronau: 250; 100 (3, -). Gumbinnen: 400 (1, 7). Gütten i. Anh.: 127 (1, 4). Gütersloh: 470 (5, 11). Halberstadt: 1300 (11, 40). Halle a. d. S.: 3785 (68, 44); 777 (17, 1). Hameln: 1000 (13, -). Hameln: 690 (5, 19). Heilbronn: 970 (19, 1). Heilbrunn: 8810 (30, 134). Halmstedt: 550 (2, 5). Heppenheim: 330. Hildesheim (mit Heine): 1390 (29, 32). Hirschberg i. Schl.: 200 (4, -). Hofgeismar: 187 (3, 2). Hofheim: 20 (-, 1). Jgersheim: 120 (-, 6). Jüterburg: 230. Kallerslautern: 1880 (34, 9). Kebl: 400 (7, 7). Kellinghufen: 100 (3, -). Kempen (Rhld.): 197 (-, 10). Kellinghufen: 150 (-, 6). Kellinghufen: 510 (9, 8). Koblenz: 1500 (1. Rate); 1500 (30, 30). Königsberg i. Pr.: 9080 (32, 249). Konigs: 240 (4, 2). Köthen i. Anh.: 4000 (65, 39). Köhlbrunn: 100 (-, 3). Krefeld: 2520 (44, 16). Krefeld: 50 (1, -). Rahl: 1330. Landshut: 1170 (21, 6). Langenbiefau: 236 (6, 2). Laupheim: 200 (4, -). Leer: 685 (13, 2). Liebenwerda: 400 (-, 20). Löwenberg i. Schl.: 180 (3, 3). Lubowitschhausen a. Rh.: 6000. Lugau: 100 (2, -). Magdeburg: 2000 (3. Rate); 1450, 1200. Marzhausen: 240 (2, 7). Meiningen: 890 (14, 13). Meiningen: 1025 (12, 54). Meiningen: 40 (-, 2); 50 (1, -). Mühlhausen i. Th.: 1430 (11, 44). Mühlheim (Ruhr): 3500 (68, 1). Mühlheim: 54 320 (860, 566); 540; Meib 200. Ramslau: 130 (1, 4). Reudamm: 930 (1, 44). Reichenheim: 330 (5, 4). Rhenberg: 1500 (30, 22, 23). Roerath: 150 (1, -). Oberkain: 225 (17, 5). Odrhru: 250 (5, 2). Ols: 550 (11, -). Olsitz i. B.: 235 (1, 12). Olsitz i. Erzgeb.: 185 (5, -). Opatz: 478 (6, 11). Opatz: 270 (3, 6). Paderborn: 315. Pegau: 80 (-, 3). Pforzheim: 2860 (43, 28). Pflaumen: 100 (2, -). Pirmasens: 980 (18, 3). Pöhlitz: 1500 (30, 18). Putbus: 350 (7, -). Quakenbrück: 100 (-, 4). Ravensburg: 462 (4, 13). Reichenbach i. Schl.: 470. Reichenbach i. B.: 800 (6, 27). Rheinfelt: 880 (10, 19). Ronsdorf: 250 (5, -). Rogwein: 420 (5, 9). Rülha 5. Leipzig: 18 (-, 1). Saalfelden: 510 (10, 1). Scheibenberg: 60 (-, 3). Gr.-Schönbau: 90 (1, 3). Schopfheim: 450. Schopfheim: 690 (12, 7). Schwentingen: 1650 (32, 5). Sebnitz: 555 (6, 13). Siegen: 1780 (30, 14). Solingen: 450 (10, -). Sommerfeld (Hö.): 357 (4, 8). Sondershausen: 660 (11, 8). Sprattau: 190 (1, 7). Stolberg: 100 (-, 5). Strausberg: 450 (7, -). Stützgart: 10 000 (3. Rate); 5000. Tals i. S.: 200 (-, 10). Tilsit: 887 (15, 7). Tönning: 48 (1, -). Trier: 1759 (33, 5). Uerdingen: 250 (5, -). Wanne: 330 (6, 4). Wernigerode: 450 (9, -). Wiesbaden: 2600 (Reif; 50, 79). Wittbau: 50 (1, -). Witten (für Annen): 100 (2, 1). Wittenberg: 1000 (14, 14). Wittenberg: 100. Zeven: 165 (3, 1). Zweibrücken: 100 (1, -).

Anzeigen

Dresdner Buchdruckerverein

Mittwoch, den 12. Dezember, abends 6 1/2 Uhr, im großen Saale des "Volkshauses", Albinenbergrstraße:

Mitgliederversammlung

Tagesordnung: 1. Lohnverhandlungen - Zeitfragen. 2. Geschäftsbericht. 3. Mitteltages erscheinen erwartet Der Vorstand. Das Bureau der Gauverwaltung bleibt wie bisher Mittwochs vollständig, Dienstags und Donnerstags vormittags für den Verkehr geschlossen.

Obermaschinenmeister

für größere Druckerei in Hamburg zum 2. Januar gesucht. Nur Herren, die einen solchen Posten bereits mehrere Jahre inne hatten und über beste Zeugnisse verfügen, wollen sich melden. Henseatische Verlagsgesellschaft Aktien-Gesellschaft, Hamburg 26, Holstenwall 2.

Tüchtiger Typographseher

alle Modelle, vier Jahre Praxis, la Zeugnisse, sucht sofort Stellung, egal wohin Hilfe auch im Handlag aus. [219] Gest. Angebote an E. Wefsch, Dortmund, Ralfstr. 71.

Schweizerdegen

Alterer, erfahrener, lediger oder ehelicher, nur tüchtig selbständiger Drucker von einer kleinen modernen Offset-Druckerei mit Buchbinderei als Aushilfsstelle sofort in Lebensstellung gesucht. In druckelnde Gesten. Angebote m. Zeugnisabschr. unter Nr. 230 an die Geschäftsstelle d. V. L. Leipzig, Köpckeplatz 7. Verlag d. Bildungsverbandes d. Buchdrucker, Leipzig, Salomonstraße 8.

Annahmestuf: Montag und Donnerstag mit erster Post

bestellung für die jeweilige nächsterdienliche Nummer Anzeigenaufgabe möglichst nur durch Postfachzustellung.

egal Stereotypen gel.

wohnl. i. A. u. d. Flachgl. firm, sucht dauerl. fr. Zahlen, bulsborg = Hoßfeld, Wansheimer Straße 155 a. [228]

Wer ein gutes Weihnachtsbuch wünscht, bestelle den

Deutschen Buchdruckerkalender 1924 Preis gebund. 1,25 Goldmark Verlag d. Bildungsvorstandes der Deutschen Buchdrucker, G. m. b. H., Leipzig, Salomonstraße 8. (Postfachkonto 32423)

Ehe. Janosen

Am 27. November verstarb nach kurzem, schmerzreichem Leiden im Alter von 58 Jahren unser lieber Kollege und Gangesbruder [221] Sein lebhaftes Interesse für unsere Kollegen in nahezu 40jähriger Berufsdienstleistung sichert ihm ein bleibendes Andenken. Buchdruckerverein, Graphische Kiederschlaf, Typogr. Vereinigung zu Lübeck.